
185/J XXIV. GP

Eingelangt am 19.11.2008

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Brunner, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend

betreffend illegale Welpentransporte und Welpenschmuggel

Am 29. September 2008 stoppte die Polizei auf der Südbahn bei Loipersdorf einen illegalen Welpentransport. In dem Lkw, der zudem schwere Mängel aufwies, wurden 137 junge Hunde transportiert. Das Fahrzeug wurde in der Slowakei beladen und sollte 2.600 Kilometer nach Spanien zurücklegen. In engen Käfigen hatten die verstörten Welpen bereits eine stundenlange Fahrt hinter sich, mehr als 2.000 Kilometer bis zum Bestimmungsland Spanien wären noch vor ihnen gelegen. Die Tiere wurden beschlagnahmt und zum Verein „Arche Noah“ nach Graz gebracht. Die Tierpässe der Welpen waren angeblich gefälscht: laut Dokumenten waren sie bereits 17 bis 18 Wochen alt, der verständigte Amtstierarzt stellte jedoch fest, dass die meisten erst rund sechs Wochen alt waren. Gemäß EU-Tiertransport-Verordnung gelten weniger als 8 Wochen alte Welpen jedoch als nicht transportfähig, laut Tierschutzgesetz (2. Tierhaltungsverordnung Anlage 1) dürfen Welpen erst ab einem Alter von über acht Wochen vom Muttertier getrennt werden.

In einem anderen Fall stellten auf der A1 Tierretter und Polizei ungarische Welpenschmuggler. Als die Linzer und Salzburger Tierrettung sie ins Ansfelden ertappt hatten, gaben die Ungarn Gas. Ein Transporter entkam, schnitt zuvor einen Wagen der Verfolger, der von der Straße abkam. Das zweite Schmuggler-Auto wurde nach einer Verfolgungsjagd bei Ybbs (NÖ) von der Polizei gestoppt. An Bord waren sechs halb verdurstete Welpen, zwei Schmuggler und ein ungarischer Tierarzt, der vorgab, keine Ahnung von den geltenden Gesetzen zu haben. Alle Tiere wurden beschlagnahmt. Zwei Rottweiler-Welpen und ein Labrador-Junges mit Verdacht auf das tödliche Parvo-Virus wurden tierärztlich versorgt, die Schmuggler wurden angezeigt.

Diese und andere Beispiele zeigen, dass die organisierte Schlepperei mit jungen Hunden aus Zwingerzuchten von osteuropäischen Nachbarländern unvermindert anhält, obwohl § 8a Tierschutzgesetz das Feilbieten und das Verkaufen von Tieren auf öffentlich zugänglichen Plätzen sowie das Feilbieten von Tieren im Umherziehen verbietet.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie viele Kontrollen hinsichtlich der Einhaltung des §8a TSchG (Verkaufsverbot von jungen Hunden an öffentlich zugänglichen Plätzen) wurden in den letzten beiden Jahren durchgeführt?

2. Wie viele illegale Verbringungen von Hundewelpen pro Jahr wurden in den letzten beiden Jahren von den zuständigen Behörden festgestellt?
3. Wie viele und welche Verstöße (z.B. fehlende Kennzeichnung, falsche/fehlende Heimtierausweise, Gesundheitszeugnisse, Tollwutimpfungen, Traces-Meldungen, sonstige Verstöße gegen veterinärrechtliche Bestimmungen, Nichteinhaltung des Tiertransport- und Tierschutzgesetzes) wurden in den letzten beiden Jahren festgestellt?
4. Welche Informations- Öffentlichkeitsarbeit wird von Ihnen geleistet, damit potentielle KäuferInnen für diese Problematik sensibilisiert und so die illegalen Geschäfte mit Welpenhandel eingedämmt werden?
5. Was ist mit den Tieren, die nach dem o.a. Vorfall im Tierschutzhaus „Arche Noah“ untergebracht wurden, weiterhin geschehen und wer ist für die Finanzierung der Unterbringung und Verpflegung der Tiere aufgekommen?
6. Was ist mit den Tieren aus Ungarn, die auf der A1 beschlagnahmt wurden? Wo wurden sie untergebracht und wer kommt für ihre Unterbringung, Verpflegung und medizinische Versorgung auf?
7. In der Anfragebeantwortung vom 4. September 2007 1220/XXIII. GP erwähnten Sie, dass zum Problem der Verschärfung des Hundehandels intensive Gespräche mit VertreterInnen der Landesregierungen, der Wirtschaftskammer, mit den Tierschutzombudsmännern, den Interessensvertretern, Tierärzten und NGOs geführt wurden, wie effiziente Kontrollen zu erreichen sind und wie verstärkt gemeinsam Aufklärungsarbeit erfolgen könnte. Was war das Ergebnis dieser Gespräche? Welche diesbezüglichen Maßnahmen wurden seither getroffen, um das Problem in den Griff zu bekommen? Welche Maßnahmen werden Sie in Hinkunft ergreifen, um diese illegalen Geschäfte einzudämmen?